



WIRTSCHAFTSLAGE INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR ANNEXION DER KRIM

■ ANALYSE		
Die makroökonomische Stabilisierung der Ukraine		2
Von Ricardo Giucci und Woldemar Walter (Berlin Economics)		
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		4
■ DOKUMENTATION		
Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs zur Annexion der Krim		9
■ CHRONIK		
7. – 20. November 2016		11

Die makroökonomische Stabilisierung der Ukraine

Von Ricardo Guucci und Woldemar Walter (Berlin Economics)

Zusammenfassung

Aktuell zeigen alle wichtigen Indikatoren in der Ukraine, dass das Land nach einer tiefen Wirtschaftskrise auf einem guten Weg ist. Das BIP wird nach zwei Jahren schwerer Rezession wieder wachsen, die Investitionen ziehen wieder an, die Inflation liegt unter 10 % und der Wechselkurs ist relativ stabil. Darüber hinaus verringern sich die Defizite im Haushalt sowie in der Leistungsbilanz – 2016 werden diese rund 4 % bzw. 1,5 % des BIP betragen. Diese Stabilisierung ist trotz eines sehr negativen externen Umfeldes gelungen. Dazu gehören der Konflikt im Osten des Landes, der deutlich verschlechterte Zugang zum russischen und zentralasiatischen Markt sowie die gesunkenen Preise für die zwei wichtigsten Exportgüter des Landes – Getreide und Stahl. Das Reformtempo muss trotz der Fortschritte, die insbesondere im Bankensektor und bei den Energiepreisen erzielt wurden, in anderen Sektoren noch deutlich angezogen werden. Eine dauerhafte makroökonomische Stabilisierung wird erst dann gelingen, wenn die Menschen auch von höheren Einkommen profitieren.

Zur Bedeutung makroökonomischer Stabilität

Man liest viel über die Bedeutung makroökonomischer Stabilität, allerdings haben wenige eine konkrete Vorstellung davon, was eine instabile makroökonomische Lage bedeutet. Die Ukraine hat in 2014 und 2015 selbst erlebt, wie schwierig das Leben ohne makroökonomische Stabilität ist.

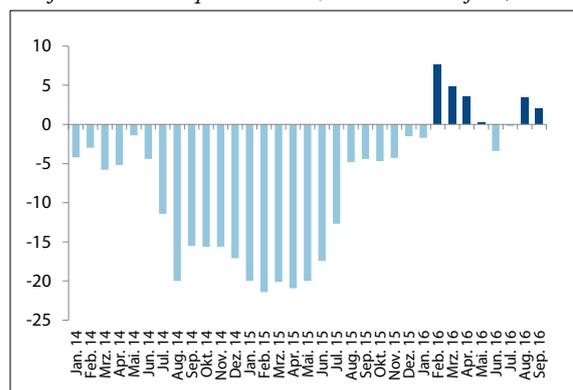
Neben den Nachteilen für die Bevölkerung leidet insbesondere die Wirtschaftstätigkeit. Zu den Problemen gehört beispielsweise, dass Firmen viel Zeit investieren müssen, um Kapitalverkehrskontrollen zu beachten bzw. um diese zu umgehen. Dadurch wird der Außenhandel aufwendig und kostspielig.

Ein weiteres Problem ist die Bedienung von Krediten, welche durch die Abwertung der Landeswährung erschwert wird. Darüber hinaus bekommen die Firmen praktisch keine Kredite mehr von den Banken. Teilweise gehen Banken auch insolvent, was zum Verlust von Einlagen für Firmen und Bevölkerung führen kann. Auch für ausländische Investoren impliziert eine instabile Lage deutliche Nachteile, da Gewinne nicht repatriert – also zurück ins Heimatland überführt – werden dürfen, was sich sehr negativ auf das Investitionsklima niederschlägt. Es ist offensichtlich, dass unter solchen Umständen kein wirtschaftliches Wachstum stattfinden kann.

Stand der makroökonomischen Stabilisierung

Aktuell zeigen alle wichtigen Indikatoren, dass sich die makroökonomische Lage in der Ukraine stabilisiert hat. Das BIP wird 2016 um 1,5 % wachsen. Ähnliches gilt für die Industrieproduktion, sie ist nach zwei Jahren massiver Rückgänge in den ersten drei Quartalen dieses Jahres wieder um 2 % gewachsen.

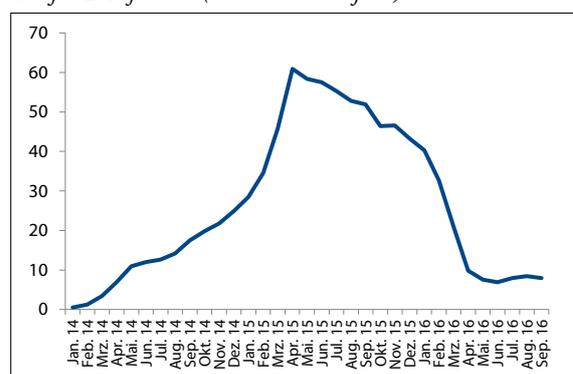
Grafik 1: Industrieproduktion (in % zum Vorjahr)



Quelle: Ukrstat

Die Investitionen sind im ersten Halbjahr 2016 um 9,6 % gestiegen und spiegeln sich auch in den stark steigenden Einfuhren von Investitionsgütern wie Maschinen und Anlagen wider, welche im gleichen Zeitraum um beeindruckende 37 % gestiegen sind. Die Inflation ist von über 60 % im April 2015 auf unter 10 % gesunken.

Grafik 2: Inflation (in % zum Vorjahr)



Quelle: Ukrstat

Der Wechselkurs ist nun auch relativ stabil. Nicht zu verwechseln ist der stabile Wechselkurs mit einem festen Wechselkurs, wie bis Anfang 2014 praktiziert. Die damalige Fixierung war ein wichtiger Grund für die makroökonomische Destabilisierung des Landes. Nach der Aufgabe des festen Wechselkurses werden Kapitalverkehrskontrollen wieder graduell reduziert, insbesondere dürfen Gewinne nun repatriiert werden, was die Ukraine wieder zunehmend attraktiv für Investoren macht. Das hohe Haushaltsdefizit konnte ebenfalls unter Kontrolle gebracht werden. Betrug es in 2014 noch 10 % des BIP, wird es 2016 auf ca. 4 % sinken.

Auch das Leistungsbilanzdefizit ist stark gesunken, von 9 % in 2013 auf ca. 1,5 % des BIP in 2016. Zu dieser Entwicklung hat nicht zuletzt auch eine starke Reduktion der Erdgasimporte beigetragen. Insgesamt ist die Ukraine auf einem guten Weg der makroökonomischen Stabilisierung.

Stabilisierung unter schwierigen Bedingungen

Es wird oft vergessen, dass die makroökonomische Stabilisierung unter sehr schwierigen externen Bedingungen stattfindet. Durch den Konflikt 2014 im Donbass kam es zu einer massiven Kapitalflucht. Der Konflikt führte auch dazu, dass die Ukraine trotz einer massiven Wirtschaftskrise die Militärausgaben steigerte (auf 4,4 Mrd. USD oder etwa 5 % des BIP in 2016). Auch die mehr als 1,7 Mio. registrierten Binnenflüchtlinge sorgen für zusätzliche Ausgaben.

Gleichzeitig verschlechterte sich der Zugang zum russischen Markt. In 2013 betrug die Exporte nach Russland noch 15 Mrd. USD, in 2015 sanken die Exporte auf nur noch 4,8 Mrd. USD. Ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht. Aber auch die Exporte nach Zentralasien bereiten Probleme, weil der Transit über Russland sich als sehr schwierig erweist.

Als weiterer negativer Einfluss kommt hinzu, dass die Rohstoffpreise im vergangenen Jahr stark gefallen sind. Das betrifft insbesondere Getreide und Stahl, die zwei wichtigsten Exportgüter des Landes. Das ist neben den rückläufigen Exporten nach Russland ein Hauptgrund für den Rückgang der Exporte der Ukraine. Insgesamt gelang die bisherige Stabilisierung trotz sehr schwieriger externer Bedingungen.

Langfristige Wirkung der Stabilisierung

Es ist hervorzuheben, dass es sich bei den erreichten Fortschritten um keine rein kurzfristige Stabilisierung handelt. Stattdessen wird sie von Reformen flankiert, die auf eine langfristige Wirkung ausgelegt sind. Ein Beispiel dafür sind tiefgreifende Strukturreformen im Bankensektor. Vor der Krise hatte die Ukraine etwa 180 Bankinstitute, viele davon mit intransparentem

Geschäftsmodell, wie die »Banken der Oligarchen«, deren primäres Geschäftsmodell darin bestand, Kundengelder für die Finanzierung eigener Firmen zu verwenden. Aktuell befinden sich etwa 80 dieser intransparenten Banken im Abwicklungsprozess.

Durch ihre Schließung gehen langfristige Risiken im Finanzsektor und im öffentlichen Haushalt deutlich zurück. Die Nationalbank steht wegen dieser Bankenschließungen allerdings stark in der Kritik. Aus unserer Sicht ist dies eine rein interessengebundene Kritik, welcher die Nationalbank nicht nachgeben sollte.

Ein weiteres wichtiges Beispiel für die nachhaltige Stabilisierung ist die Anhebung der Energiepreise auf Kostendeckungsniveau. Durch subventionierte Energiepreise wurden in der Vergangenheit sowohl der Staatshaushalt als auch die Leistungsbilanz der Ukraine stark belastet. Diese kurzfristig sehr schmerzhafteste Maßnahme entlastet langfristig den Staatshaushalt und die Leistungsbilanz und sorgt darüber hinaus für einen effizienteren Umgang mit Energie und die Verringerung der Korruption. Es handelt sich in der Ukraine damit um eine reformbetonte Stabilisierung mit langfristiger Wirkung.

Makroökonomische Stabilität und Reformtempo

Die Menschen in der Ukraine freuen sich über die erreichte Stabilität, sie allein reicht aber nicht aus. Die Menschen erwarten mehr, sie wollen, dass sich die Reform- und Stabilitätsbemühungen in einem höheren Einkommen und mehr Wohlstand niederschlagen. Um das zu erreichen, muss das Reformtempo deutlich angezogen werden.

Sollte dies nicht gelingen, besteht die reale Gefahr, dass die Bevölkerung ungeduldig wird und Populisten an Bedeutung gewinnen. Ein Verfall der gemachten Fortschritte droht, wenn beispielsweise Schlüsselposten neu besetzt werden und wichtige Reformmaßnahmen zurück genommen werden. Das IWF-Programm würde in diesem Fall ausgesetzt und die makroökonomische Lage schnell wieder instabil werden.

Dauerhafte makroökonomische Stabilität ist deshalb nur möglich, wenn das Land zügig reformiert wird. Das muss nicht nur die Regierung, sondern vor allem das Parlament und die Oligarchen verstehen, die immer noch einen Einfluss auf die Politik haben.

Fazit

Makroökonomische Stabilität ist unabdingbar für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine. Trotz der schwierigen externen Einflüsse ist die Ukraine auf einem guten Weg. Ein wichtiger Partner auf diesem Weg ist der Internationale Währungsfonds. Der IWF unterhält mit der Ukraine ein mittelfristiges Pro-

gramm, dessen Ziel nicht nur die kurzfristige Stabilisierung, sondern auch langfristige Reformen sind. Dies umfasst insbesondere den Energiesektor, die Steuerpolitik und die Korruptionsbekämpfung. Ohne die Hilfe und den Druck des IWF wären viele der gemachten Fortschritte nicht möglich gewesen, weshalb eine weitere gute Zusammenarbeit überaus wichtig ist.

Am 14. September hat der IWF eine weitere Tranche in Höhe von 1 Mrd. USD freigegeben, nachdem dem Land Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen attestiert wurden. Diese und kommende Zahlungen des IWF leisten einen Beitrag dazu, das Land weiter zu stabilisieren, zumal daran weitere Zahlungen seitens der EU, der USA und anderer Geber gekoppelt sind.

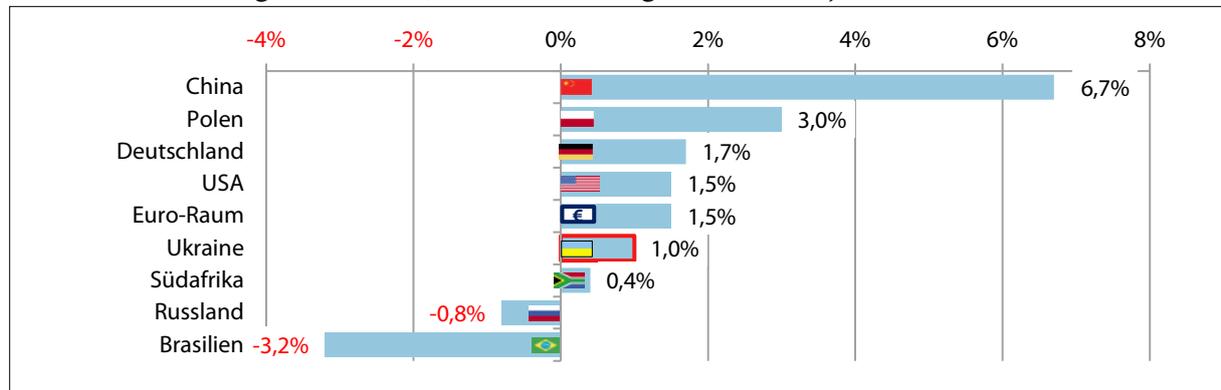
Über die Autoren

Dr. Ricardo Gucci ist Geschäftsführer und Woldemar Walter Analyst bei Berlin Economics. Die Wirtschaftsberatungsfirma führt das Projekt Deutsche Beratergruppe Ukraine durch, welches die ukrainische Regierung bei wirtschaftspolitischen Reformprozessen unterstützt und durch das BMWi finanziert wird.

STATISTIK

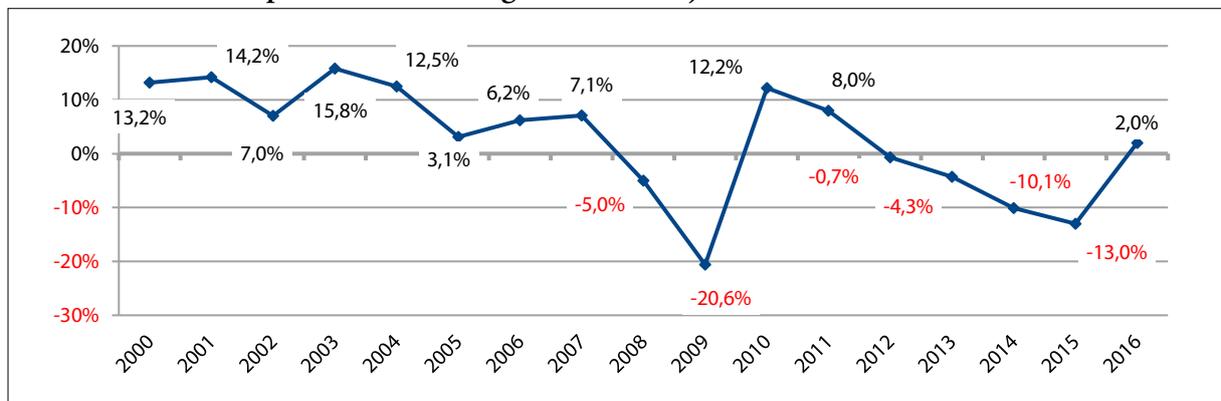
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 1: BIP-Prognose für das Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 18.11.2016.

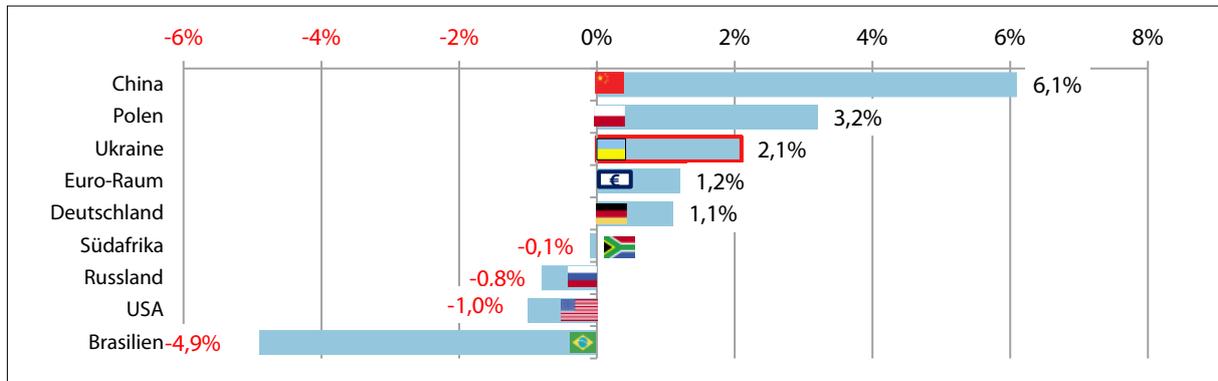
Grafik 2: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010, Zahl für 2016 zum Stand September.

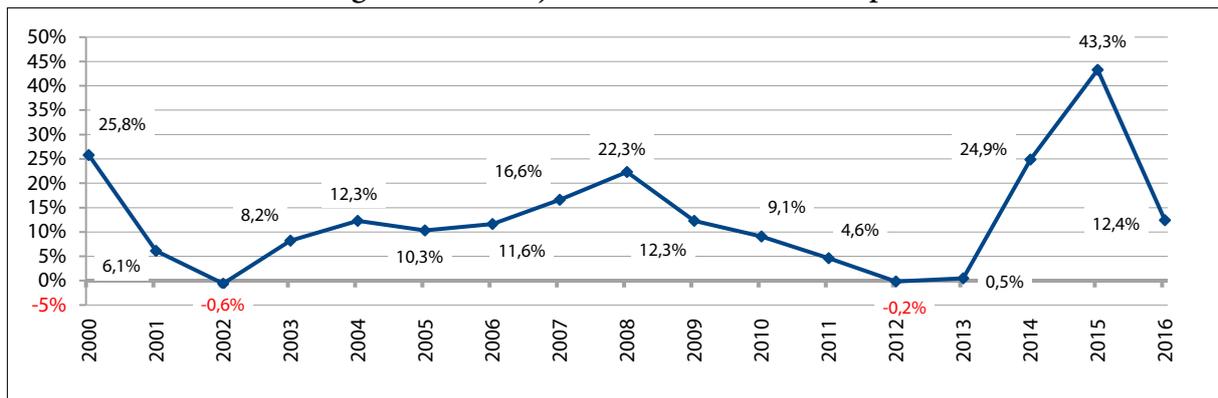
Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (September 2016, in %)



Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 18.11.2016.

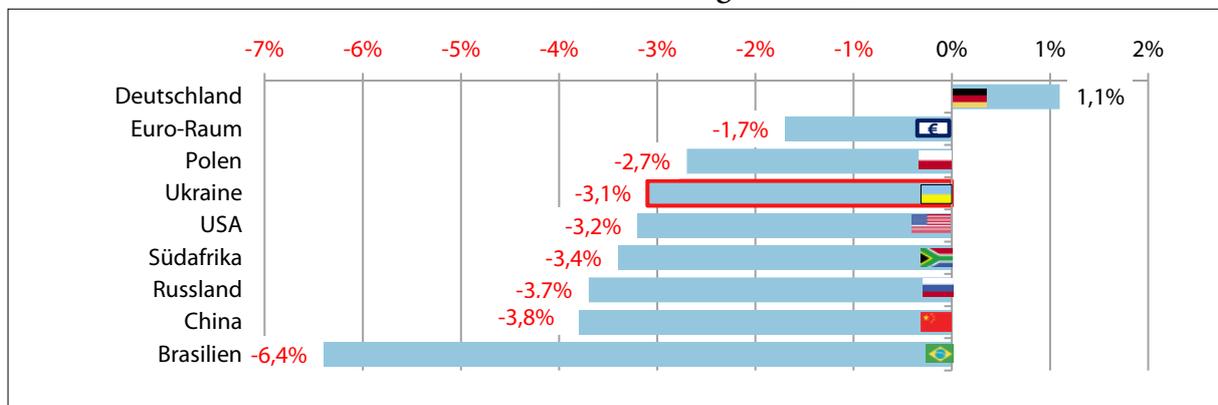
Grafik 4: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende (Konsumentenpreise)



Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010, Zahl für 2016 zum Stand Oktober.

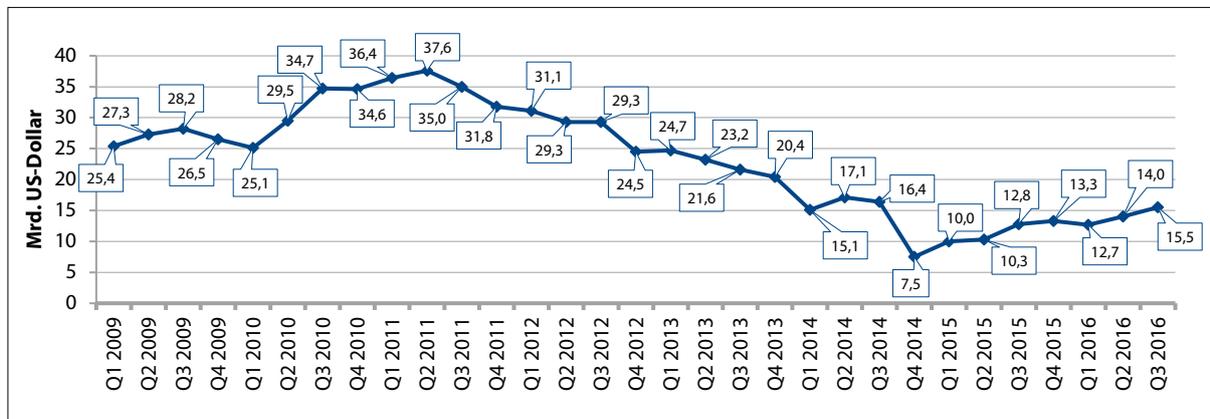
Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

Grafik 5: Haushaltsdefizit als Anteil am BIP (Schätzung für 2016)



Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 18.11.2016.

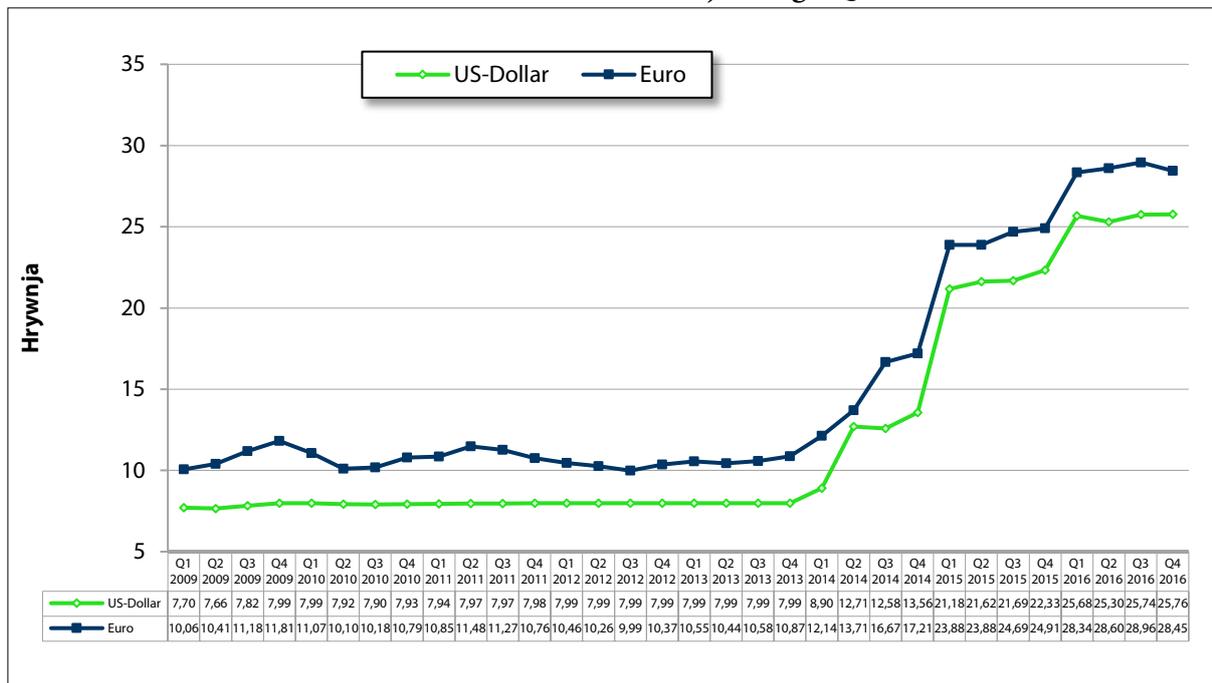
Grafik 6: Devisenreserven in Mrd. US-Dollar



Anmerkung: Zahl für Q3 2016 zum Stand Oktober.

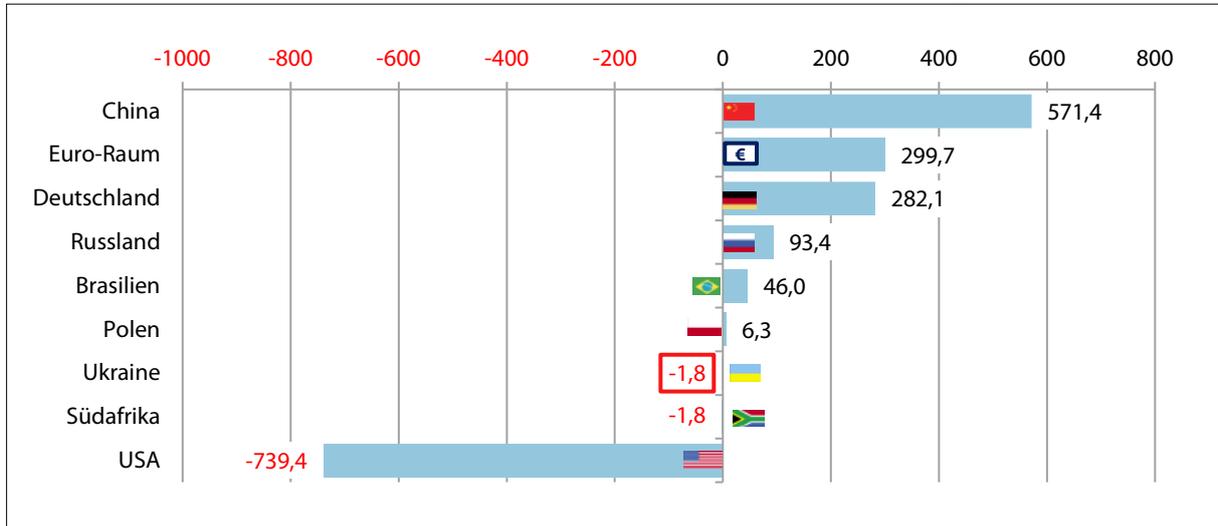
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 7: Wechselkurs der Hrywnja (offizieller Kurs, Durchschnittswert für das jeweilige Quartal)

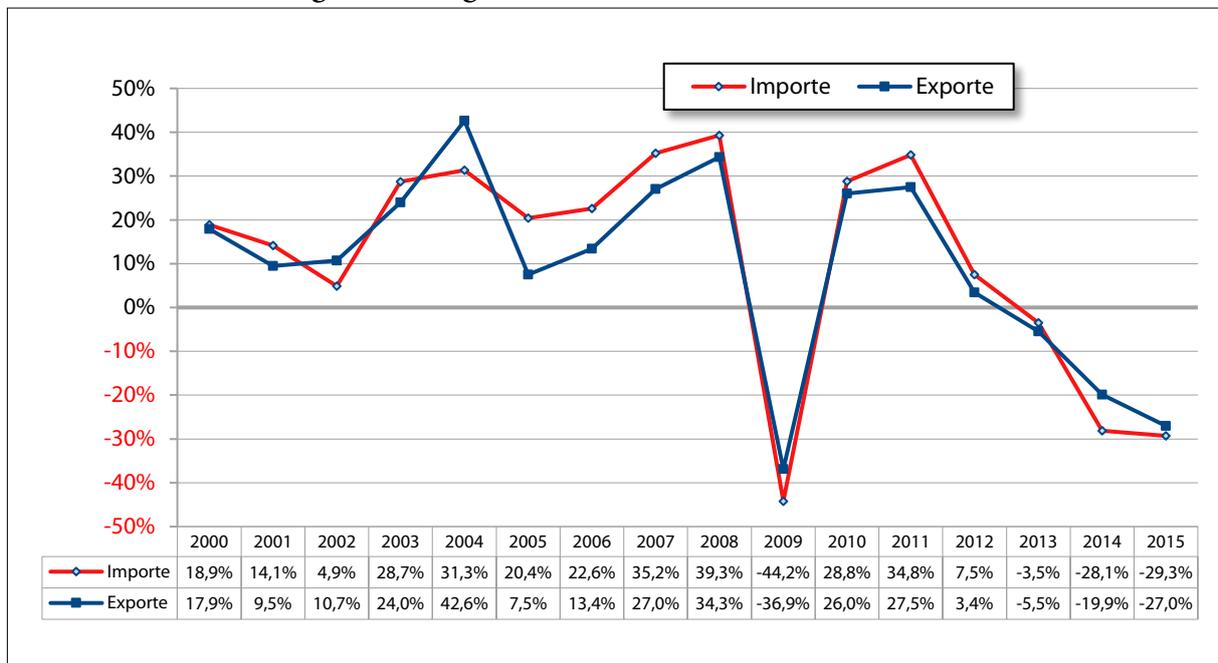


Anmerkung: Zahl für Q4 2016 zum Stand Oktober.

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 8: Handelsbilanz der letzten zwölf Monate in Mrd. US-Dollar (September 2016)

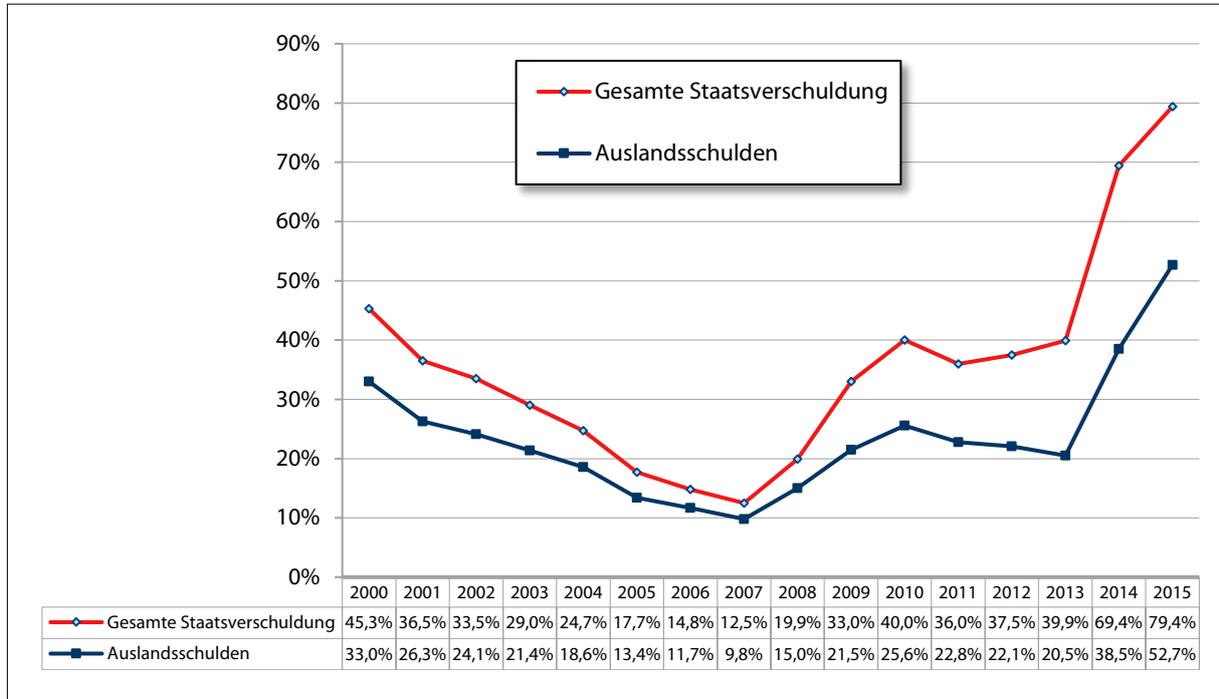
Quelle: *The Economist*, <<http://www.economist.com>>, 18.11.2016.

Grafik 9: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr (Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar)

Anmerkung: Daten seit 2010 ohne Krim

Quelle: *Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor*.

Grafik 10: Staatsverschuldung als Anteil am BIP, zum Jahresende (%)



Anmerkung: Daten seit 2010 ohne Krim

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs zur Annexion der Krim

Die Ukraine hat im April 2014 die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshof für vermutete Straftaten im Zeitraum vom 21. November 2013 bis zum 22. Februar 2014 akzeptiert. Der Zeitraum wurde im September 2015 von der ukrainischen Seite unbefristet verlängert.

Die Ermittlungsbehörden des Internationalen Strafgerichtshofs nahmen Untersuchungen zu drei Kontexten auf: Gewaltanwendungen bei den EuroMaidan-Protesten sowie die Annexion der Krim und der militärische Konflikt in der Ostukraine.

Am 14. November 2016 hat der Internationale Strafgerichtshof einen Bericht über vorbereitende Ermittlungen veröffentlicht, der auch die Ermittlungen in der Ukraine beschreibt. Wir dokumentieren im Folgenden den Originaltext zur Einschätzung der Annexion der Krim.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

154. In situations involving crimes allegedly committed in the context of armed hostilities, an assessment of the Court's jurisdiction entails analysis of whether the alleged crimes occurred in the context of an international or a non-international armed conflict. With regard to the situation in Ukraine the Office is therefore required to undertake a detailed factual and legal assessment of the relevant events, including analysis of the applicability of the law of armed conflict to the situation in Ukraine from 20 February 2014 onwards in order to determine whether there is a reasonable basis to open an investigation into the situation.

155. Beginning in the last days of February 2014, protests against the new Kyiv Government began to build, notably in eastern regions of the country and in Simferopol, the capital of the Autonomous Republic of Crimea. On 27 February 2014, reportedly armed and mostly uniformed individuals wearing no identifying insignia seized control of government buildings in Simferopol, including the Crimean parliament building. The same day, in the presence of armed men, the Crimean regional parliament reportedly decided to appoint a new prime minister and hold a referendum on the status of Crimea. The Russian Federation later admitted that its military personnel had been involved in taking control of the Crimean peninsula, justifying the intervention inter alia on the basis of alleged threats to citizens of the Russian Federation, the alleged decision of residents of Crimea to join the Russian Federation and an alleged request for Russian intervention by (former) President Yanukovich, whom the Russian Federation considered to remain the legitimate leader of Ukraine.

156. The incorporation of Crimea and the city of Sevastopol into the Russian Federation was announced on 18 March 2014, following a referendum held two days earlier that was declared invalid by the interim Ukrainian Government and by a majority of States of the UN General Assembly. Following the signing of the "Treaty on the Adoption of the Republic of Crimea into Russia", between the Crimean de facto authorities and the Russian Federation, on 20 March the Russian State Duma passed a law "On the Acceptance of the Republic of Crimea into the Russian Federation and the Creation of New Federal Subjects", paving the way for the application of Russian legislation and policy to Crimea. As a consequence, Crimean residents were automatically declared Russian citizens, while those wishing to retain Ukrainian citizenship were required to notify the authorities within a one-month deadline.

157. The assumption of control over Crimea by the Russian Federation occurred for the most part without exchange of fire. Russian military personnel were used to establish control over the territory, including Ukrainian military installations and government buildings, and in mid-March the Ukrainian Government began withdrawing its troops stationed in bases in Crimea to the mainland.

158. The information available suggests that the situation within the territory of Crimea and Sevastopol amounts to an international armed conflict between Ukraine and the Russian Federation. This international armed conflict began at the latest on 26 February when the Russian Federation deployed members of its armed forces to gain control over parts of the Ukrainian territory without the consent of the Ukrainian Government. The law of international armed conflict would continue to apply after 18 March 2014 to the extent that the situation within the territory of Crimea and Sevastopol factually amounts to an on-going state of occupation. A determination of whether or not the initial intervention which led to the occupation is considered lawful or not is not required. For purposes of the Rome Statute an armed conflict may be international in nature if one or more States partially or totally occupies the territory of another State, whether or not the occupation meets with armed resistance.

[...]

171. The following summary of alleged crimes is preliminary in nature and is based on publicly available reports and information received by the Office. The descriptions below are without prejudice to the identification of any further alleged crimes which may be made by the Office in the course of its analysis, and should not be taken as indicative of or implying any particular legal qualifications or factual determinations regarding the alleged conduct.

172. Harassment of Crimean Tatar population: Since the assumption of control by the Russian Federation over the territory of Crimea some 19,000 residents of the region have reportedly become internally displaced within mainland Ukraine. A large proportion of this number of internally displaced persons is believed to be of Crimean Tatar ethnicity. Under the application of Russian law throughout the territory, members of the Crimean Tatar population and other Muslims residents in Crimea have also reportedly been subjected to harassment or intimidation, including a variety of measures such as entry bans to the territory, house searches, and restrictions on their freedom of expression, assembly and association.

173. Killing and abduction: At least 10 people have been reported missing since March 2014 in the context of the situation in Crimea. In most instances the alleged victims were known to oppose the occupation of Crimea and their abductions were attributed to the “Crimean self-defence” paramilitary group. The Office is also analysing two incidents of alleged abduction and killing of Crimean Tatar activists, in March and September of 2014.

174. Ill-treatment: Several incidents of alleged ill-treatment in the context of detention or abduction were also reported, including beatings, choking, and, in at least one instance, threats of sexual violence.

175. Detention and fair trial: A number of civilians who opposed the 16 March referendum have reportedly been arrested and held in detention since March 2014 with information available pointing to the non-respect of a number of due process and fair trial rights. Some 179 persons deprived of their liberty have reportedly been forcibly transferred from prisons in Crimea to prisons in the territory of the Russian Federation.

176. Compelled military service: As a consequence of the imposed change of citizenship, men of conscription age residing in Crimea became subject to mandatory Russian military service requirements. There were reports of a number of young men leaving for mainland Ukraine to escape forced conscription notices from de facto authorities.

Quelle: International Criminal Court: Report on Preliminary Examination Activities 2016, 14 November 2016, S. 34–36, 38–39, im Internet veröffentlicht unter: <www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-rep-PE_ENG.pdf>

7. – 20. November 2016

07.11.2016	Der ehemalige georgische Präsident Michail Saakaschwili, der seit Mai 2015 das Amt des Gouverneurs in der Region Odessa innehatte, tritt zurück. Als Grund für den Rücktritt gibt er an, dass ranghohe Politiker korrupte Praktiken in seiner Region fördern würden. Er erhebt dabei schwere Vorwürfe gegen Präsident Petro Poroschenko. Dieser unterstütze in Odessa zwei kriminelle »Clans«. Saakaschwili verspricht, weiterhin politisch aktiv zu bleiben. Die Abgeordnete Natalja Nowak, die sich an einer Initiativgruppe zur Gründung einer Partei unter Saakaschwilis Führung beteiligt, erklärt, der Prozess der Parteigründung könnte nach Saakaschwilis Rücktritt beschleunigt werden.
08.11.2016	Präsident Petro Poroschenko bittet die Regierung, das Rücktrittsgesuch des Gouverneurs des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili anzunehmen. Die Ukraine sei ein demokratischer Staat – wenn Saakaschwili sich entschieden habe, sein Amt niederzulegen und sich stattdessen der politischen Opposition zuwenden, hoffe, er, dass die Regierung nun entsprechend entscheide.
08.11.2016	Ein Londoner Gericht gibt eingefrorene Mittel der Unternehmer Ihor Kolomojskyj und Hennadyj Boholjubow in Höhe von etwa 380 Millionen US-Dollar frei. Im März 2016 hatte das russische Unternehmen Tatneft gegen die beiden geklagt. Laut Anklage hatten Kolomojskyj, Boholjubow sowie zwei weitere Unternehmer bei gemeinsamen Geschäften mit der Erdölraffinerie Krementschuk Tatneft um seinen Anteil geprellt. Tatnefts Forderung auf Kompensation belief sich auf 334 Millionen US-Dollar. Das Gericht stellt das Verfahren mit der Begründung ein, dass nur geringe Aussichten auf Erfolg bestünden.
08.11.2016	Die EU erweitert die Liste der Personen und Firmen, gegen die sie im Zusammenhang mit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 Visa- und Vermögenssperren erlassen hat. Auf die Liste werden weitere sechs Personen gesetzt, die im Zuge der russischen Parlamentswahlen im September 2016 von Wahlkreisen auf der Krim ins Parlament gewählt wurden.
09.11.2016	Marie Yovanovitch, die neue US-Botschafterin in der Ukraine, erklärt angesichts des sich abzeichnenden Sieges von Donald Trump bei den US-Präsidentchaftswahlen, dass die USA die Ukraine weiterhin unterstützen werden – unabhängig davon, wer Präsident sei.
09.11.2016	Präsident Petro Poroschenko gratuliert Donald Trump zum Wahlsieg und lädt ihn zu einem Besuch in die Ukraine ein. Poroschenko drückt seine Hoffnung aus, dass die USA die Ukraine weiterhin in zwei Bereichen besonders unterstützen: im Kampf der Ukraine gegen die »russische Aggression« und bei der Durchführung von Reformen.
09.11.2016	Das Ministerkabinett entlässt den Gouverneur des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili, aus dem Amt. Am 07. November hatte Saakaschwili sein Rücktrittsgesuch eingereicht.
10.11.2016	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB erklärt, auf der Krim seien mehrere Angehörige des ukrainischen Militärgeheimdienstes festgenommen worden, die Anschläge auf militärische und zivile Infrastruktur geplant hätten. Das ukrainische Verteidigungsministerium widerspricht der Darstellung; der FSB habe keine ukrainischen Saboteure festnehmen können, weil es solche auf der Krim nicht gebe.
10.11.2016	Der stellvertretende ukrainische Minister für Fragen der »vorübergehend besetzten Gebiete«, Georgij Tuka, erklärt, dass das Justizministerium und das Außenministerium eine Klage gegen Russland vorbereiten. Der Vorwurf lautet auf widerrechtlichen Abbau von Rohstoffen in den Gewässern vor der von Russland annektierten Krim. Dort fördert das russische Staatsunternehmen Tschernomorpetegas jährlich etwa zwei Millionen Kubikmeter Erdgas.
11.11.2016	Laut einer Darstellung der Pressestelle des belarussischen Präsidenten Aleksandr Lukaschenko entschuldigt sich der ukrainische Präsident Petro Poroschenko bei seinem belarussischen Amtskollegen für den Vorfall vom 21. Oktober 2016, bei dem der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU eine Passagiermaschine auf dem Weg von Kiew nach Minsk zurückgerufen hatte, um einen verdächtigen Passagier zu durchsuchen.

11.11.2016	Laut Oleksandr Wilkul, Abgeordneter des Oppositionsblocks, wird beim stellvertretenden Vorsitzenden der Parteiführung, Aleksandr Kasjanjuk, eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Die bewaffneten Sicherheitsbeamten hätten auf Korruptionsermittlungen verwiesen.
11.11.2016	Michail Saakaschwili, der am 07. November von seinem Amt als Gouverneur des Gebietes Odessa zurückgetreten war, kündigt in Kiew die Gründung einer neuen politischen Kraft an. Er verspricht einen Austausch der politischen Eliten und erklärt, keine Abgeordneten in die Partei aufzunehmen, die länger als eine Legislaturperiode im Parlament verbracht haben. Einflussreiche Unternehmer sollten in der neuen Partei nicht mitwirken. Saakaschwili nennt außerdem das Ziel, vorgezogene Parlamentswahlen zu erwirken.
12.11.2016	Quellen in der »Volksrepublik Donezk« melden, dass Mitglieder der rechtsradikalen Gruppierung »Misanthropic Division« festgenommen worden seien, die für den Tod des Kommandeurs Arsenij Pawlow am 16. Oktober 2016 verantwortlich seien. Die Gruppe hatte sich nach dem Mord an dem Kommandeur, der unter dem Kampfnamen Motorola bekannt geworden war, in einem Internetvideo zu der Tat bekannt.
13.11.2016	Die OSZE meldet einen Anstieg der Verletzungen des Waffenstillstands in der Region Luhansk, im Gebiet Donezk wird dagegen ein Rückgang verzeichnet.
13.11.2016	Der russische Präsident Wladimir Putin weist den »Gouverneur« der Krim, Sergej Aksjonow, an, von der Krim aus Gas in die Stadt Henytschesk auf dem ukrainischen Festland zu liefern. Die örtliche Bevölkerung habe erneut darum gebeten. Im vergangenen Winter war bereits Gas von der Krim nach Henytschesk geflossen.
14.11.2016	Die Chef der Nationalen Polizei, Chatia Dekanoidse, tritt zurück. In einer Stellungnahme erklärt sie, dass beim Aufbau der neuen Polizei viel erreicht worden sei. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei sei gewachsen. Zugleich beklagt sie, dass die Korruption nicht vollständig verschwunden sei und dass sich Politiker weiterhin in die Arbeit der Polizei einmischen würden, um eigene Interessen zu verfolgen.
14.11.2016	Im Rating der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Freedom House zur Freiheit des Internets liegt die Ukraine auf dem 38. Platz. Sie hatte in den Jahren zuvor die Plätze 37 und 33 belegt. Die Autoren des Berichts heben unter anderem hervor, dass sich der Konflikt in der Ostukraine negativ auswirke. In den separatistisch kontrollierten Gebieten würden einige Webseiten zensiert. Im ukrainisch kontrollierten Teil würden Staatsbedienstete in zunehmender Zahl versuchen, juristisch gegen »antiukrainische« Aussagen in sozialen Medien vorzugehen und deren Autoren u. a. wegen Aufrufs zu Separatismus zu belangen.
14.11.2016	Nach Daten des Staatlichen Statistikdienstes wächst das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal des Jahres 2016 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.
15.11.2016	Auf verschiedenen Protestkundgebungen versammeln sich in Kiew nach Polizeiangaben insgesamt etwa 6.000 Menschen. Bürger demonstrieren unter anderem anlässlich einer Abstimmung im Parlament zum Schutz von Anlegern zahlungsunfähiger Banken.
15.11.2016	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Kunden von zahlungsunfähigen Banken für den entstandenen Verlust entschädigt. Das Gesetz gilt nur für solche Banken, deren Bankrott bis zum Inkrafttreten des Gesetzes festgestellt wurde. Dies trifft auch auf die Bank Michajlowskij zu, die im Mai 2016 für zahlungsunfähig erklärt wurde. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte angekündigt, gegen Viktor Polischtschuk, der 92,5 % der Anteile hält, wegen des Konkurses zu ermitteln. Nach Schätzungen der ukrainischen Nationalbank hat Polischtschuk einen Verlust von Mitteln in Höhe von 23 Milliarden Hrywnja (ca. 827 Millionen Euro) zu verantworten.
16.11.2016	Auf der Krim nimmt der russische Inlandsgeheimdienst FSB nach eigenen Angaben erneut einen mutmaßlichen Mitarbeiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes fest. Der Mann sei mit einer Granate und einer Pistole bewaffnet gewesen.

17.11.2016	Der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko erklärt in einem Interview, er habe sowohl dem russischen Präsidenten Wladimir Putin als auch »dem Westen« Vorschläge zur Lösung des Konflikt im Donbass unterbreitet. Er habe angeboten, dass Belarus die Organisation von Lokalwahlen in den separatistisch kontrollierten Gebieten organisieren sowie vorübergehend die ukrainisch-russische Grenze kontrollieren könnte. Er habe auf seine Angebote keine Antwort erhalten.
17.11.2016	Während die OSZE im Donbass den höchsten Anstieg der Verletzungen des Waffenstillstands seit Beginn des Jahres 2016 vermeldet, bleibt die Lage in denjenigen Gebieten ruhig, in denen seit September 2016 ein beidseitiger Abzug von der Frontlinie erfolgt ist.
17.11.2016	In einer von Transparency International durchgeführten Umfrage bewerten 86 % der Befragten die Bemühungen der Politik, Korruption zu bekämpfen, negativ. Auf die Frage, in welchem Bereich die Korruption am weitesten verbreitet sei, nennen 65 % den Staatsdienst, 64 % das Parlament, 62 % die Steuerbehörde, 61 % die Gerichte und 54 % die Polizei.
18.11.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro teilt mit, dass es Ermittlungen gegen zwei Abgeordnete auf Basis ihrer elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklarationen eingeleitet habe. Die Namen der Abgeordneten werden nicht genannt.
19.11.2016	Nach Angaben des ukrainischen Grenzschutzes schickt das Internationale Rote Kreuz acht Lastwagen mit humanitären Hilfsgütern in die separatistisch kontrollierten Gebiete des Donbass.
20.11.2016	Pawlo Scherbinskyj, der Verwaltungschef des ukrainisch kontrollierten Teils des Gebietes Donezk, legt einen Plan zur Instandsetzung der zerstörten Infrastruktur vor. Er erklärt, für den vollständigen Wiederaufbau im Donbass seien insgesamt etwa 20 Milliarden US-Dollar nötig.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.  

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.  

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>